

2787/J XX.GP

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Mitwirkung Österreichs an den Bemühungen für ein internationales Verbot von  
Anti-Personen-Minen und für die Überwindung der Folgen der in letzten Jahren in  
Kriegshandlungen eingesetzten APM

Von österreichischer Seite sind in letzter Zeit einige wichtige Beiträge zur Abwendung der  
Bedrohung durch Anti-Personen-Minen (APM) geleistet worden. Insbesondere sind das  
Bundesgesetz über das Verbot von Anti-Personen-Minen (BGBI. 13/1997) und die aktive  
Mitwirkung am „Ottawa-Prozeß“ zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention für (das  
APM-Verbot zu nennen. Da es nun - einige Monate nach Inkrafttreten des APM-Verbots-  
Gesetzes - angezeigt ist, die Vollziehung des Gesetzes, mit der mehrere Ministerien betraut  
sind, im Nationalrat auf der Grundlage von Anfragen an die zuständigen Minister zu  
erörtern, erscheint es sinnvoll, dies mit einer Erörterung der außenpolitischen Bemühungen  
für ein internationales APM-Verbot zu verhindern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Mit der Annahme des „Abgeänderten Protokoll II“ auf der CCW-  
Überprüfungskonferenz am 3.Mai 1996 in Genf wurde eine - wenn auch nicht sehr  
bedeutende - Verschärfung der den Einsatz von APM begrenzenden Bestimmungen  
erzielt. Die Annahme erfolgte im Weg des Konsens aller Teilnehmerstaaten der  
Konferenz, darunter Österreich. Das „Abgeänderte Protokoll II“ wird erst nach  
Ratifizierung durch 25 Teilnehmerstaaten des CCW-Vertrages in Kraft treten. Wann  
wird die Bundesregierung das „Abgeänderte Protokoll II“ dem Parlament zur  
Ratifizierung zuleiten?
2. Von wie vielen Staaten ist das „Abgeänderte Protokoll II“ bereits ratifiziert worden?
3. Durch die Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes und die Organisierung eines  
Experten-Treffens hat Österreich eine aktive Rolle im „Ottawa-Prozeß“ für ein  
umfassendes APM-Verbot übernommen. Kann mit der Unterzeichnung der  
angestrebten Konvention zum geplanten Termin (Dezember 1997) gerechnet werden?
4. Welche Schritte werden von Österreich unternommen, um zu erreichen, daß sich  
möglichst viele Länder an der Ausarbeitung der Konvention beteiligen und dieser  
dann beitreten? Sind entsprechende Anträge Österreichs in den zuständigen Gremien

der Europäischen Union und der OSZE eingebracht worden und zu welchen Beschlüssen ist es in diesen Gremien gekommen?

5. Beabsichtigt die Bundesregierung, weitere Mittel für die Räumung von APM in minenverseuchten Gebieten der Welt bereitzustellen? Wird hierbei ein langfristiges Hilfsprogramm ins Auge gefaßt, um zu berücksichtigen, daß es über 100 Millionen verlegte APM in der Welt gibt, die nur in einer viele Jahre dauernden Bemühung geräumt werden können?

6. Wird die Bundesregierung verstärkte Hilfe für die medizinische und soziale Betreuung von Opfern der Anti-Personen-Minen zur Verfügung stellen? Wird in diesem Zusammenhang eine Mitwirkung an den speziellen Aktionen der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation bzw. des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz geplant?

7. Haben Sie im Zusammenhang mit den Berichten über weiter am Markt befindliche APM mit der Bezeichnung DFC-19 und DFC-29 der Dynamit Nobel-Graz Erhebungen vorgenommen? Wurden etwaige Wahrnehmungen an die Justizbehörden weitergegeben?